

An den Innenminister des Landes NRW  
Herrn Dr. Wolf  
Haroldstraße 4, 40213 Düsseldorf  
nachrichtlich an Herrn Dr. Büssow, Regierungspräsident Düsseldorf

**Aufforderung zur Überprüfung der Gründung der 'Ruhrbania GmbH & Co. KG' und  
Beteiligung eines privaten Partners an der 'Ruhrbania-Projektentwicklungsgesellschaft  
mbH' Mülheim/Ruhr**

Mülheim, 27. März 2007

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Wolf,

mit Schreiben vom 26.6.2006 hatten wir Sie um Überprüfung des Beschlusses von 13.6.06 zur Gründung der Ruhrbania-Projektentwicklungsgesellschaft (RPG) in Mülheim gebeten, weil

1. die Übertragung von RPG-Anteilen auf Private eindeutig dem erfolgreichen Mülheimer Bürgerentscheid vom 27. Feb. 2005 widerspricht, durch den der Stadt untersagt wurde, städtische Gesellschaftsanteile an Private zu übertragen, wenn es sich um Bereiche der Daseinsvorsorge handelt.
2. die Verkleinerung und Besetzung des RPG-Aufsichtsrates einzig und alleine mit dem Ziel geschah, Personen auszuschließen
3. wir das finanzielle Konstrukt der RPG für abenteuerlich, riskant und unseriös hielten, weil unkalkulierbare Folgekosten durch die Stadt und damit evtl. auch das Land NRW in größerem Ausmaße durchaus wahrscheinlich sind

Sie delegierten das an die Bezirksregierung Düsseldorf (RP), die uns mit Schreiben von Anfang Nov. 2006 in dem 1. Punkt recht gab, sich in den beiden anderen Punkten aber vor die Stadt Mülheim stellte.

In der Ratsitzung am 22.3.2007 wurde nun mehrheitlich die Gründung einer zusätzlichen Ruhrbania GmbH & Co. KG und die Beteiligung eines privaten Partners an der RPG GmbH beschlossen. Diese deutlich geänderte Konstruktion erscheint uns noch abenteuerlicher als die ursprüngliche RPG, so dass unkalkulierbare Folgekosten durch die Stadt und damit in Folge wohl auch das Land NRW in größerem Ausmaße sehr wahrscheinlich sind. Auch die Art und Weise, wie der Beschluss durchgepeitscht wurde (Genauerer s.u.), lässt jede Seriösität vermissen. Die Mülheimer Ratsmehrheit stimmte letzten Donnerstag für eine Finanzkonstruktion, bei der nichts geklärt ist und bei der die Politiker die genaue Tragweite all dessen, was mit den 7 Verträgen bzw. Vereinbarungen abgestimmt wurde, nicht überschauen konnten, auch weil die Verwaltung genauere Auskünfte verweigerte. Deshalb fordern wir Sie auf, ggfs. über die Kommunalaufsicht des RP, der Stadt Mülheim erst einmal zu untersagen, die so beschlossenen Verträge zu unterschreiben und eine Untersuchung durchführen zu lassen, um erkennbaren Schaden von unserer Stadt fernzuhalten.

b.w.

Es gibt folgende bedenklichen Punkte, zu denen wir Sie als oberste kommunale Aufsichtsbehörde dringend um Prüfung bitten:

1. Beim EU-weiten Ausschreibungsverfahren wurden den potenziellen Bietern gänzlich andere Bedingungen vorgegeben, wie sie jetzt mit der Firma Reggeborgh verhandelt und im Rat beschlossen wurden. Das aber macht das Ausschreibungsverfahren zur Farce. Die MBI werden die Kommission deshalb bitten zu prüfen, inwieweit das mit dem Vergaberecht vereinbar ist. Da zudem andere potenzielle Investoren nicht wissen konnten, dass eben keine finanzielle Vorleistung mehr von ihnen verlangt wird zur Baureifmachung der Ruhrbania-Grundstücke, hätten der ein oder andere unter diesen geänderten Bedingungen möglicherweise Interesse gehabt und er hätte günstigere Bedingungen anbieten können als Firma Reggeborgh.
2. Die finanziellen Auswirkungen und Implikationen für unsere Stadt und ihre Bürger sind mit dieser neuen Gesamtkonstruktion auch nicht annähernd absehbar. Da aber jetzt ausschließlich die Stadt für alles haftet - wenn man von den zu vernachlässigenden 12.500 Euro Beteiligung von Reggeborgh an der RPG absieht - müssen belastbare Zahlen auf den Tisch. Das bisher immer wiederholte Konstrukt mit den 20 Mio € Investitionskosten, die sich angeblich "selbst tragen", stimmt vorne und hinten nicht. Zudem mussten die Ruhrbania-Planer bereits im Februar die erste Lücke von über 5 Mio. € zugeben, die sich mit den Verträgen durch die zusätzlichen 1,5 Mio. € an die Reggeborgh-Tochter Rheinbau bereits auf 6/7 Mio. € vergrößern würde. Realistisch müssen aber mehr als wahrscheinlich sowohl sehr viel höhere Investitionskosten, als auch eine bedeutend höhere Finanzierungslücke angesetzt werden. (vgl. MBI-Fragenkatalog Komplex 3, Anlage 1)
3. Mit dem Beschluss vom letzten Donnerstag sollen alle Ruhrbania-Projektkosten in Zukunft nicht mehr im städtischen Haushalt geführt werden, sondern nur noch im Wirtschaftsplan der GmbH&Co.KG. Darüber bestimmt die RPG GmbH unter Federführung des privaten Partners („Unternehmerische Leitung“). Die Co.KG wird laut Vertrag die Bereitstellung der Finanzmittel sicherstellen müssen. Der Rat der Stadt wird aber genauso wenig Einfluss haben wie die Finanzaufsicht des Landes, obwohl im Endeffekt die Stadt für alles haftet. Diese gesamte Konstruktion erscheint uns hochgradig bedenklich. (Man erinnere sich an das Oberhausener Debakel mit der TZU und Tabaluga). Dass zudem ein Ausstieg aus den Verträgen vor 2015 kaum möglich sein wird, macht das ganze umso bedenklicher.
4. Die Stadt Mülheim ist nicht deshalb für 2007 urplötzlich nach 9 Jahren aus dem Nothaushalt heraus, weil die massiven strukturellen Defizite sich wegen der steigenden Gewerbesteuererinnahmen aufgelöst hätten, sondern ausschließlich, weil bei der Umstellung auf die neue Buchführung NKF eine völlig unrealistische Eröffnungsbilanz gemacht wurde. Damit bilanziert die Stadt sich selbst aus der Finanzaufsicht Düsseldorfs heraus, während die Verschuldung weiter explodiert. Ob das so wirklich gehen kann, hätten wir gerne von Ihnen gewusst. Wenn ja, dann wäre nach dem "Vorbild" Mülheims vielen anderen überschuldeten Städten und Gemeinden ebenfalls Tür und Tor für weitere Verschuldung geöffnet.
5. Es bleibt auch zu prüfen, inwieweit die Ratsmitglieder für Schäden in Millionenhöhe zur Haftung herangezogen werden können, wenn sich herausstellt, dass es Konstruktionsfehler bei der Ruhrbania GmbH&Co.KG einseitig zu Lasten der Stadt gibt.
6. Die Bindungswirkung des erfolgreichen Bürgerentscheids aus 2005 lief am 27. Feb. 07 aus. Der Beschluss vom 22.3.07 zur Beteiligung eines Privaten an der RPG liegt zwar außerhalb dieser Bindung, doch sämtliche Vorarbeiten incl. Ausschreibung und Verhandlungen fanden statt, während der Bürgerentscheid galt. Unabhängig davon, wie man zu Privatisierungen der Daseinsvorsorge steht, ist es demokratieschädigend, wenn ein gültiger Bürgerentscheid derart ignoriert und übergangen wird.

## Begründung

Jeden Tag geistern inzwischen andere Millionen durch den Raum, wenn es um die Mülheimer Ruhrbania-Ruhrpromenade geht. Am 28. März z.B. verkündete der Mülheimer Kämmerer in der WAZ (vgl. Anlage 1), die Stadt spare 2,5 Mio. Euro, weil keine private Firma die Finanzierung übernehme, wie 3 Jahre lang zuvor immer behauptet. Es ist zudem blanker Unfug, wenn er ferner behauptet, Grunderwerbssteuer zu sparen, denn bisher war nie vorgesehen, Grundstücke auf Kosten der Stadt an Zwischenhändler o.ä. zu verkaufen.

Seit 2003 behauptete die Stadt Mülheim a.d. Ruhr immer wieder, ein privater Investor werde die Baureifmachung der höchst problematischen Ruhrpromenadengrundstücke vorfinanzieren und dann von Landeszuschüssen und Grundstückserlösen bezahlt. Genau mit dieser Zielsetzung wurde in 2006 ein EU-weites Bieter- und Vergabeverfahren durchgeführt.

Die MBI haben mehrfach - nachzulesen in verschiedenen Ratsprotokollen zuerst im Juli 2003 - diese Finanzkonstruktion als "abenteuerlich und unseriös" dargestellt, auf die kein ernsthafter Investor aufspringen würde. Das kam dann auch so und Ende Feb. 2007 verkündeten Stadtspitze und Wirtschaftsförderer urplötzlich über die WAZ eine völlig geänderte Konstruktion, verweigerten aber trotz mehrfacher MBI-Nachfrage in der Ratsitzung am 1. März jegliche weitere Auskunft.

Der ursprünglich für 1. März 2007 geplante Beschluss zur Ruhrbania-Projektentwicklungsgesellschaft (RPG) war auf den 22. März vertagt worden. Wesentliche Punkte, Inhalte und Namen der zugehörigen rein "nichtöffentlichen" Ratsvorlage V 07/0178-01 (Anlage 2) waren allerdings bereits am 10. März der WAZ zu entnehmen. Diese nichtöffentliche Vorlage wurde am frühen Abend des 12. März, also zur letztmöglichen erlaubten Frist, den Ratsmitgliedern per Taxi überbracht. Wer nicht zu Hause war, erhielt sie 2 oder 3 Tage später per Post. Auf MBI-Antrag hin wurde dann doch noch ein öffentlicher TOP eingerichtet. Die zugehörige Vorlage V 07/0209-01 wurde erst am Freitag, dem 16.3., verschickt. Bereits am 14.3. hatten die MBI einen ausführlichen Fragenkatalog mit 18 deutlichen und unmissverständlichen Fragen zum neuen RPG-Konzept, zum geplanten Grundstücksverkauf und zum gesamten Ruhrbania-Finanzierungskonzept eingereicht (vgl. Anlage 3). Am 20.3. reichten die MBI außerdem den Antrag ein, die Ratsentscheidung zu vertagen, u.a. *„bis alle gesellschaftsrechtlichen Fragen, die mit der o.g. Vorlage zusammenhängen, geklärt sind, insbesondere Finanzierungs- und Haftungsfragen .... Das würde es auch den Ratsmitgliedern ermöglichen, sich in Ruhe mit den überaus komplizierten und weitreichenden Vertragskonstruktionen intensiver auseinandersetzen zu können.“*

In der Ratsitzung am 22.3. setzte die OB trotz MBI-Protests den Antrag auf Vertagung der Entscheidung vor die inhaltliche Behandlung des Punktes. Die Ratsmehrheit folgte der OB und stimmte gegen die Vertagung, obwohl alle um den Berg von Ungeklärtheiten wissen mussten. Bei der darauf folgenden Behandlung des MBI-Fragenkatalogs verlas Frau Dezernentin Sander die Antworten. Außer zur Frage, dass der Rathausturm doch nicht mit verkauft werden solle, ging sie auf keine einzige Frage ein, sondern betete litaneimäßig entweder Allgemeinplätze herunter oder wiederholte zur Finanzierung längst überholte bzw. widerlegte Kalkulationen. Die OB ging nach Frau Sanders Vorlesen sofort zum nächsten TOP über, obwohl der MBI-Sprecher sich meldete, da er weiter nachfragen wollte.

Bei der folgenden Behandlung der öffentlichen Verwaltungsberichtsvorlage zur „Ruhrbania GmbH&Co.KG“ (V 07/0209-01) erläuterte die Verwaltung nichts, was zur Aufklärung über die gesamte Problematik hätte beitragen können. Die MBI wollten geklärt wissen, warum laut nichtöffentlicher Vorlage das denkmalgeschützte Rathaus und der Rathausturm in dem

Grundstücksvertrag eindeutig mit verkauft werden sollten, da unzweideutig zum "Projektgrundstück 1" der zugehörigen Karte gehörend. (vgl. Anlage 4). Frau Sander und Rechtsdezernent, Herr Dr. Steinfort, behaupteten, das wäre nicht gemeint. Sie weigerten sich aber, den zum Grundstückskaufvertrag gehörenden Plan aus der Vorlage herauszunehmen. Ein CDU-Stadtverordneter behauptete wahrheitswidrig, in den Verträgen stünde "Projektgebiet", was laut Karte dann ohne Rathaus und Rathausurm gewesen wäre. Als der MBI-Sprecher den CDU-Stadtverordneten mit Zitaten aus dem Grundstücksvertrag widerlegen wollte, schnitt die OB ihm das Wort ab, weil dies nichtöffentlich sei.

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gab es auch keine wesentlichen, weiteren Erläuterungen der Verwaltung, wenn man von folgender Episode absieht: Auf die MBI-Frage 3a im öffentlichen Teil: "Wer deckt die entstandene Finanzierungslücke, wenn es dabei bliebe" (bei der bereits jetzt aufgetretenen ca. 5 Mio Finanzierungslücke) hatte Frau Sander geantwortet, diese werde aus Konzeptmitteln gedeckt. Eine CDU-Ratsfrau fragte im nichtöffentlichen Teil nach, was damit gemeint wäre und Frau Sander betonte, sie habe sich versprochen und Konzernmittel gemeint. Auf weitere Nachfrage ("welcher Konzern denn") sagte sie, der Konzern Stadt sei gemeint und der Kämmerer sprang ihr zur Seite und erklärte, das könnte Kernhaushalt sein, aber auch Beteiligungsholding o.ä..

Das sagt eigentlich alles. Da wurde öffentlich ein falscher Eindruck erweckt, der fragenden MBI-Fraktion aber nicht die Möglichkeit gegeben, nachzufragen, was die Auskunft der Dezernent überhaupt bedeutet. Auf dem gleichen Niveau und mit genauso fehlender Seriösität wurde das gesamte Ruhrbania-Vertragswerk abgehandelt.

**Als Ratsherr oder -dame hat jede/r einen Eid abgelegt, Schaden von der Stadt fernzuhalten und nur nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden. Das ist u.E. letzten Donnerstag in Mülheim nicht möglich gewesen, weil die Ratsmitglieder die genaue Tragweite all dessen, was mit den 7 Verträgen bzw. Vereinbarungen, die mit der Vorlage V 07/0178-01 abgestimmt wurden, nicht überschauen konnten. Die MBI weigerten sich deshalb, an dieser Abstimmung überhaupt teilzunehmen und gaben dies auch zu Protokoll.**

**Mit der Bitte um möglichst schnelle Bearbeitung verbleiben wir**

**mit freundlichen Grüßen**

für die MBI-Fraktion: L. Reinhard, Fraktionssprecher

#### **Anlagen (per Brief)**

- **WAZ-Artikel vom 27.3.07: „Ruhrbania: Kämmerer sieht große Einsparung“ (Anlage 1)**
- **Nichtöffentliche Ratsvorlage V 07/0178-01 ohne beigefügte Verträge (Anlage 2)**
- **MBI-Fragenkatalog für die Ratsitzung, Vorlage A 07/0217-01 (Anlage 3)**
- **Auszüge aus dem Grundstückskaufvertrag und zugehöriger Plan aus den Anlagen der Ratsvorlage V 07/0178-01 (Anlage 4)**
- **NRZ-Artikel vom 24.3.07: „Überraschende Wende“ (Anlage 5)**

**Mülheim, 28. März 2007**

## **Ruhrbania-Finanzierung als Hokusfokus? Die MBI fordern Frau OB Mühlenfeld auf, keine Verträge zu unterschreiben und endlich seriöse, belastbare Zahlen vorzulegen!**

**Die Mülheimer Ratsmehrheit stimmte letzten Donnerstag für eine Ruhrbania-Finanzkonstruktion, bei der nichts geklärt ist und bei der die Politiker die genaue Tragweite all dessen, was mit den 7 Verträgen bzw. Vereinbarungen abgestimmt wurde, nicht überschauen konnten, auch weil die Verwaltung genauere Auskünfte verweigerte. Deshalb werden die MBI den Innenminister und die EU-Kommission einschalten, um die unseriöse und abenteuerliche Ruhrbania-Finanzierung und Gesellschaftskonstruktion überprüfen zu lassen.**

Jeden Tag geistern andere Millionen durch den Raum, wenn es um die Ruhrbania-Ruhrpromenade geht. Am 28. März z.B. verkündete der Kämmerer in der WAZ, die Stadt spare 2,5 Mio. Euro, weil keine private Firma die Finanzierung übernehme, wie 3 Jahre lang zuvor immer behauptet. Es ist zudem blanker Unfug, wenn er ferner behauptet, Grunderwerbssteuer zu sparen, denn bisher war nie vorgesehen, Grundstücke auf Kosten der Stadt an Zwischenhändler o.ä. zu verkaufen.

**Als Ratsherr oder -dame hat jede/r einen Eid abgelegt, Schaden von der Stadt fernzuhalten und nur nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden. Das ist u.E. letzten Donnerstag nicht möglich gewesen, weil die Ratsmitglieder die genaue Tragweite all dessen, was mit den 7 Verträgen bzw. Vereinbarungen, die „nichtöffentlich“ mit der Vorlage V 07/0178-01 abgestimmt wurden, nicht überschauen konnten. Die MBI weigerten sich deshalb, an dieser Abstimmung überhaupt teilzunehmen.**

Es gibt eine Reihe bedenklicher Punkte, die noch zu klären sind. Deshalb werden die MBI sowohl den Innenminister wie auch die EU-Vergaberechtskommission einschalten und fordern Frau Mühlenfeld auf, den Beschluss nicht umzusetzen, bis die Antworten der Prüfung durch die Kontrollinstanzen vorliegen. Alles andere wäre unverantwortlich. Es bleibt auch zu prüfen, inwieweit die Ratsmitglieder für Schäden in Millionenhöhe zur Haftung herangezogen werden können, wenn sich herausstellt, dass es Konstruktionsfehler bei der Ruhrbania GmbH&Co.KG einseitig zu Lasten der Stadt gibt.

**Seit 2003 behauptete die Stadt immer wieder, ein privater Investor werde die Baureifmachung der höchst problematischen Ruhrpromenadengrundstücke vorfinanzieren und er werde dann von Landeszuschüssen und Grundstückserlösen bezahlt. Genau mit der Zielsetzung wurde in 2006 ein EU-weites Bieter- und Vergabeverfahren durchgeführt.** Die MBI haben mehrfach - nachzulesen in verschiedenen Ratsprotokollen zuerst im Juli 2003 - diese Finanzkonstruktion als "abenteuerlich und unseriös" dargestellt, auf die kein ernsthafter Investor aufspringen würde. Das kam dann jetzt auch so. Was aber damit auf die Stadt zukommt, ist nicht absehbar und die Stadtspitze wie auch die Ruhrbania-Parteien wollten diesen Beschluss auf Biegen und Brechen. Deshalb fand die Beratung auch nicht mit der gebotenen Sorgfaltspflicht statt. Bezeichnend, dass den meisten Ratsherren und -damen anscheinend nicht einmal aufgefallen war, dass nach der Vorlage, über die sie abstimmten, Rathausturm und denkmalgeschützter Rathausteil mit verkauft worden wären. (oder vielleicht sollten?)

**für die MBI: L. Reinhard, Fraktionssprecher**